



# Impulse 2016 – 2021

Wahlprüfsteine des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags zur Landtagswahl 2016

**Am 13. März 2016 bestimmen rund 7,8 Millionen Menschen in Baden-Württemberg, davon 550.000 Erstwähler, ein neues Parlament.**

Dabei kann jede Stimme richtungsweisend sein; nach dem Regierungswechsel 2011 von Schwarz-Gelb zu Grün-Rot sieht es nunmehr nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen der Lager aus. Nicht nur deshalb möchte ich an Sie appellieren, aktiv den Kurs mitzubestimmen. Das Wahlrecht auszuüben oder Politik selbst zu gestalten, ist ein Zeichen demokratisch gelebter Kultur.

Der BWiHK ist Dachverband der zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg. Er unterstützt und begleitet die Politik als starke Stimme von 650.000 Unternehmen im Land. Genau deshalb haben wir diese Broschüre erarbeitet, die auf Anliegen und Interessen unserer Mitgliedsbetriebe fußt.

Sie beinhaltet 38 Impulse für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik – verteilt auf die fünf Rubriken Bildung, Infrastruktur, Wettbewerbsfähigkeit, Standortqualität und rechtliche Rahmenbedingungen.

Vielleicht sind Sie es, die oder der nach dem Wahlsonntag einen der Sitze im Parlament innehat. Meine besten Wünsche dafür an dieser Stelle. Ich möchte Ihnen keinen Vortrag über „richtige“ Wirtschaftspolitik halten. Es gibt allerdings Leitplanken, die unseren Standort zu dem gemacht haben, was er heute ist. Damit das so bleibt, bedenken Sie bei all Ihren Entscheidungen: Gut funktionierende Wirtschaftsbetriebe mit ihren Mitarbeitern sind ein tragendes Fundament unserer Gesellschaft. Leistungs- und wettbewerbsstarke



Unternehmen gewähren auf marktwirtschaftlicher Grundlage eine Stabilität, die geradezu Voraussetzung für die Bewältigung der enormen Herausforderungen unserer Zeit ist. Hier gibt es keinen Spielraum für politische Experimente, die besonders unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft über Gebühr belasten.

---

***EIN WORT DES BWiHK-PRÄSIDENTEN ZUR LANDTAGSWAHL 2016***

---



## Was brauchen wir also konkret?

Wenn wir bedenken, dass das verarbeitende Gewerbe fast ein Drittel unseres Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet, dass der industrielle Nucleus auch Antrieber für alle anderen Sektoren insbesondere im Dienstleistungsbereich ist – dann brauchen wir eine Politik, welche die Standortfaktoren nachhaltig stärkt, neue Technologien unterstützt und heute schon an übermorgen (mit)denkt – konsequent und ohne ideologische Scheuklappen. Nach tiefgreifenden Veränderungen in der Energieversorgung, sichtbaren Mängeln in der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur und auf der Schwelle zur „Wirtschaft 4.0“ brauchen wir jetzt entschlossene landespolitische Akteure. Frauen und Männer, die dort ansetzen, wo unserer Wirtschaft „der Schuh drückt“ – damit unsere Betriebe nicht das Tempo verlieren und zwangsläufig in ihrer Leistungsfähigkeit zurückfallen.

Wie es „läuft“, hängt aber genauso von der Bundes- und Europapolitik ab. Deshalb braucht unser starkes Land eine ebenso starke Stimme

im Bund und in Europa. Vielleicht haben wir hier, soll ich heute eine Bewertung abgeben, noch Potenzial nach oben. Denn immer mehr Verordnungen, Gesetze und Erlasse, unter denen unsere Betriebe derzeit ächzen oder die sie in naher Zukunft belasten werden, kommen aus Berlin oder Brüssel – sei es eine ungewisse Zukunft für Firmenerben bei der Erbschaftsteuer, die massiv Fachkräfte entziehende „Rente mit 63“, die irrsinnige bürokratische Last beim Mindestlohn, die bei aller Berechtigung für einzelne Bedenken unsägliche Diskussion um das Handelsabkommen TTIP oder schlussendlich die noch vielen ungelösten Fragen beim notwendigen Energiebinnenmarkt. Wir brauchen dazu eine Landesspitze und Parlamentarier, die sich jeder nach seinem Vermögen entschlossen einbringen und klare Kante zeigen, auch wenn eine solche Haltung nicht immer politischer Opportunität entspricht – zum Beispiel bei der Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs.

Sorgen Sie mit Hilfe unserer Impulse dafür, dass die richtigen Entscheidungen in Ihren Wahlprogrammen Einzug halten und bei der späteren politischen Umsetzung. Nun wünsche ich Ihnen eine gute Lektüre. Treten Sie gerne mit uns in Kontakt zu Themen, die Sie mit uns diskutieren oder gemeinsam vorbringen möchten. Dazu finden Sie in jeder der fünf Rubriken zwei hervorgehobene Top-Forderungen in Form von Postkarten, welche die Kontaktaufnahme einfach machen. Oder mailen Sie uns, wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen. ■

Ihr Dr. Peter Kulitz  
*BWIK-Präsident*



# RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

STEUERPOLITIK WIRTSCHAFTSFREUNDLICH  
AUSGESTALTEN



## STEUERPOLITIK WIRTSCHAFTSFREUNDLICH AUSGESTALTEN

Teilen Sie uns Ihre Meinung zu dieser Top-Forderung mit.  
Wir freuen uns auf Ihre Zusage.

Name: .....  
Anschrift: .....  
Nachricht: .....  
.....  
.....  
.....  
.....



Baden-Württembergischer  
Industrie- und Handelskammertag

BWIK e. V.  
Jägerstraße 40  
70174 Stuttgart



## STEUERPOLITIK WIRTSCHAFTSFREUNDLICH AUSGESTALTEN

STEUERLICH WETTBEWERBSFÄHIGE  
RAHMENBEDINGUNGEN SIND FÜR  
UNSER LAND ALS WICHTIGER INTER-  
NATIONALER STANDORT ESSENZIELL.  
IM SINNE DER WIRTSCHAFT IST, DASS  
DIE REGIERUNG IHREN **EINFLUSS** ZUR  
VERBESSERUNG DIESER RAHMENBE-  
DINGUNGEN GELTEND MACHT. SIE HAT  
SICH AUCH **GEGEN INVESTITIONS- UND  
WACHSTUMSFEINDLICHE STEUERREGE-  
LUNGEN** EINZUSETZEN SOWIE **ÜBER-  
BORDENDE BÜROKRATIE** ABZUBAUEN.

DIE EINNAHMENSITUATION DES LANDES IST SEIT JAHREN HERVORRAGEND. HÖCHSTE ZEIT FÜR UNSERE REGIERUNG, IHREN HAUSHALT **JETZT** ÜBER DAS GEPLANTE MASS HINAUS ZU **KONSOLIDIEREN**. EINE STRINGENTE UMSETZUNG DER **DETAIL-SPARVORSCHLÄGE** DES **LANDESRECHNUNGSHOFS** ERSCHEINT ABSOLUT NOTWENDIG. AUCH BEFÜRWORTET DIE WIRTSCHAFT EINE **PROPORTIONALE KÜRZUNG** ALLER SUBVENTIONEN UM FÜNF PROZENT IN ZWEI AUFEINANDERFOLGENDEN JAHREN.

## HAUSHALT NACHHALTIG KONSOLIDIEREN

Teilen Sie uns Ihre Meinung zu dieser Top-Forderung mit.  
Wir freuen uns auf Ihre Zusendung.

Name: .....

Anschrift: .....

Nachricht: .....

.....

.....

.....

.....

.....



Baden-Württembergischer  
Industrie- und Handelskammertag

BWIIHK e. V.

Jägerstraße 40

70174 Stuttgart

## HAUSHALT NACHHALTIG KONSOLIDIEREN





*Wie es ist*

Für Baden-Württemberg als Standort vieler international agierender Wirtschaftsunternehmen spielen wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen eine besondere Rolle. Die effektive Steuerbelastung für Unternehmensgewinne in Deutschland liegt zwar im Mittelfeld Europas, aber: Rechtsformbedingt ergeben sich zwischen Kapital- und Personengesellschaften allerdings zum

Teil signifikante Unterschiede. Zugleich wirkt die zunehmende Tendenz zur Besteuerung der Unternehmenssubstanz als Hemmschuh für Investitionen wie Innovationen. Dazu kommt: Die direkte Steuerlast wird durch indirekte Belastungen aufgrund hoher Befolgungskosten durch viel zu komplizierte Steuerregelungen verschärft.

*STEUERPOLITIK WIRTSCHAFTSFREUNDLICH  
AUSGESTALTEN*





## Wie es sein sollte

Die baden-württembergische Wirtschaft braucht ein transparentes und wettbewerbsfähiges Steuersystem. Einfachheit, Rechtssicherheit und möglichst wenige Ausnahmen müssen Leitlinie aller Rechtssetzung – egal ob in Ertrag- oder Umsatzsteuer – sein. Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben müssen beachtet werden. Auch sind Dokumentations-, Aufzeichnungs- und Nachweispflichten in allen Steuerarten auf ein verhältnismäßiges Maß zu reduzieren. Die Landesregierung setzt sich genau dafür ein. Darüber hinaus trägt sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten Sorge dafür, die Besteuerung streng am Leistungsfähigkeitsprinzip auszurichten und substanzbesteuernde Elemente in allen Steuerarten auszusondern. Sie folgt dem Ziel, Personen- und Kapitalgesellschaften im Ergebnis gleich hoch zu besteuern. Hierzu muss unter anderem die Besteuerung einbehaltener Gewinne für Personenunternehmen attraktiver ausgestaltet werden. Steuererhöhungen – wie zuletzt die Erhöhung der Grunderwerbsteuer – werden auf Landes- wie Bundesebene dauerhaft vermieden.



## Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

**Der Stimme Baden-Württembergs kommt auf Bundesebene hohes Gewicht zu.**

Die baden-württembergische Wirtschaft erwartet, dass die künftige Landesregierung ihren Einfluss für die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen über den Bundesrat mit starker Stimme geltend macht und sich gegen investitions- und wachstumsfeindliche Steuerregelungen aktiv einsetzt bzw. deren Rücknahme laut einfordert. Zugleich erwartet der BWIHK einen besonderen Einsatz auf Gesetzgebungs- wie Verwaltungsebene zum Abbau überbordender Bürokratie im Steuerrecht. ■



## Wie es ist

Die Einnahmensituation des Landes ist seit Jahren hervorragend. 2014 stiegen die Steuereinnahmen auf das Rekordniveau von 31,8 Mrd. Euro – ein Plus von 42,6 Prozent im 10-Jahres-Vergleich. Gleichzeitig stiegen aber auch die Ausgaben ungebremst: 2014 lagen die Ist-Ausgaben bei 42,2 Mrd. Euro (2004 noch 31,2 Mrd. Euro). Der mit Abstand größte Ausgabenposten entfällt auf

Personalausgaben mit rund 40 Prozent am Gesamthaushalt. Besonders bedenklich zeigt sich der Schuldenstand: 2014 betrug dieser 46,9 Mrd. Euro. Schon heute liegt die hieraus resultierende Zinslast bei rund 1,7 Mrd. Euro. Im „Worst Case“ könnte der Schuldenstand bis zum Wirken der Schuldenbremse 2020 auf ca. 50 Mrd. Euro ansteigen.

---

*HAUSHALT NACHHALTIG KONSOLIDIEREN*

---



## Wie es sein sollte

Bei derzeit exzellenter Einnahmensituation und historischen Beschäftigungszahlen setzt das Land die hieraus resultierende Finanzkraft nachhaltig und mit oberster Priorität für die Konsolidierung seines Haushalts ein. Die Nullverschuldung zur Einhaltung der Schuldenbremse wird somit nicht erst 2020 erreicht. Um auch zukünftigen Generationen ausreichend Handlungsspielräume zu gewährleisten, wird der bestehende Schuldenberg abgebaut. Dies geschieht nicht durch Steuererhöhungen, sondern aufgrund von Einsparungen nach kompromissloser Überprüfung aller Ausgabenpositionen. Insbesondere Fixkosten wie strukturell wirkende Personalausgaben werden reduziert, weiterer Schuldenaufbau ist tabu.



## Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

**Das Land hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Aus Sicht des BWIHK gilt deshalb, die konsequente Konsolidierung über das geplante Maß hinaus umzusetzen.**

Hierfür bedarf es einer kompromisslosen Überprüfung von bestehenden und geplanten Ausgaben an allen haushaltsrelevanten Stellen, denn „Sparen beginnt im Kleinen“. Es darf auch keine (neuen) Mehrausgaben für Aufgaben geben, die nicht wirklich unabweichlich sind.

Eine stringente Umsetzung der Detailvorschläge des Landesrechnungshofs zu Einsparungen im Landeshaushalt mit dem Fokus auf Personal- und Versorgungskosten ist absolut notwendig. Auch muss kritisch geprüft werden, welche Möglichkeiten zur Zusammenlegung von Aufgabenbereichen und Ministerien bestehen sowie entsprechend strenge Ressortkürzungen. Auch eine proportionale Kürzung aller Subventionen um fünf Prozent in zwei aufeinanderfolgenden Jahren wird zur Zielerreichung notwendig. ■



## *Wie es ist*

Die aktuellen Regelungen des Länderfinanzausgleichs sind kompliziert und undurchsichtig. Das Bundesverfassungsgericht sieht das bisherige System unter anderem wegen verschiedener Fehlentwicklungen als überarbeitungswürdig an. So trugen nach der vorläufigen Abrechnung 2014 lediglich Bayern (4,8 Mrd. Euro), Baden-Württemberg (2,3 Mrd. Euro) und Hessen (1,7 Mrd. Euro) die gesamten Ausgleichsbeträge in Höhe von rund

9 Mrd. Euro. Baden-Württemberg ist hierbei das einzige Land, das seit 1950 immer Geberland war. Eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird vor dem Hintergrund, dass die bestehenden Regelungen 2019 auslaufen, immer dringlicher. Wird bis dahin zwischen den Ländern keine Einigung gefunden, verlieren die aktuellen Regelungen ihre Wirkung.

---

*LÄNDERFINANZAUSGLEICH  
SACHGERECHT GESTALTEN*

---



## Wie es sein sollte

Wir brauchen ein Ausgleichsmodell, das auf Grundlage transparenter und verständlicher Regelungen politische Entscheidungen nachvollziehbar werden lässt. Das Ziel, echte Anreize zu schaffen, Fehlanreize zu beseitigen und Mehreinnahmen im jeweiligen Land zu belassen, wird nun verfolgt. Gerechtigkeit, Wettbewerb unter den Ländern und klare Aufgabengestaltung mit vorab definierten Mindeststandards sind neue Grundlage der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Es gilt der Grundsatz „Wer bestellt, zahlt“. Abseits der vorher definierten Mindeststandards sind Ausgaben nur noch möglich, wenn genügend Finanzmittel im Land vorhanden sind. Sparen lohnt sich endlich wieder, weil der Sparerfolg eines Landes nicht auf seine eigenen Kosten abgeschöpft wird. Eine unabhängige Kontrollstelle, beispielsweise der Stabilitätsrat, behält Haushaltsführung und Einhaltung der Schuldenbremse im strengen Blick.



## Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

**Das Land sollte sich auf Bundesebene intensiv für eine Reform des Länderfinanzausgleichs einsetzen.**

Ziel können nur Regelungen sein, die das Resultat guten Wirtschaftens im eigenen Land belassen. Falls die Verhandlungen mit den Ländern scheitern, muss Baden-Württemberg als einziger Zahler von Beginn an endlich ernsthaft erwägen, die Klage von Bayern und Hessen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die bestehenden Regelungen zu unterstützen. ■



## Wie es ist

Die Steuereinnahmen erreichen immer neue Rekordhöhen. Kommunen profitieren hiervon über steigende Gewerbe- und Gesamtsteuereinnahmen. Trotzdem sind die kommunalen Haushalte oft nicht nachhaltig finanziert und weisen eine zunehmende Verschuldung aus. Verantwortlich hierfür ist neben einer teils überschießenden Ausgabenpolitik auch

die zunehmende Aufgabenübertragung auf die Gemeinden ohne klare Finanzierungsregelung. Zugleich wird durch die Hinzurechnungsbesteuerung der substanzbesteuernde Charakter der Gewerbesteuer zunehmend gestärkt. So wird auch die Steuerlast immer ungleicher zulasten weniger Gewerbetreibender einer Kommune verteilt.

---

*REFORM DER GEWERBESTEUER  
IM BLICK BEHALTEN*

---



## Wie es sein sollte

Die baden-württembergische Wirtschaft braucht investitions- und wachstumsfreundliche Standortbedingungen mit einer guten kommunalen Infrastruktur. Dies ist dann der Fall, wenn es in der Breite finanziell gesunde Kommunen gibt, die über eine planbare Einnahmenbasis verfügen. Um dies zu erreichen, wird die Gewerbesteuer durch eine moderne Kommunalfinanzierung ersetzt, die ohne konjunkturell bedingte Schwankungen auskommt und zugleich das Band zwischen Kommunen und Unternehmen sichert.



## Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

**Das Land setzt Rahmenbedingungen für starke Kommunen. Wie für den Bund gehört hierzu auch eine strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips sowie die Unterstützung von Kommunen bei der erforderlichen Aus- und Aufgabenkritik.**

Grundlage ist haushalterische Transparenz, die durch den bereits eingeleiteten Umstieg von der Kameralistik auf die kaufmännische Buchführung erreicht wird. Dieser muss nun vollständig umgesetzt und darf nicht erneut verschoben werden.

Die notwendige Reform der Gewerbesteuer darf angesichts der guten Einnahmensituation nicht in Vergessenheit geraten. Ziel muss sein, die Gewerbesteuer durch einen von den Kommunen

in Eigenverantwortung festzusetzenden Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer nebst einem verstetigenden Teil an einer Gemeinschaftsteuer zu ersetzen. Nur so würde gleichermaßen die schädliche Substanzbesteuerung beseitigt und mehr Stabilität für die Kommunal Finanzen erreicht. Mögliche Zwischenlösungen auf dem Weg dorthin müssen in jedem Fall den Abbau der substanzsteuernden Hinzu-rechnungen berücksichtigen. ■



## Wie es ist

Übermäßige Bürokratie kostet Unternehmen unnötig Zeit und Geld. Sie schadet der Wirtschaftskraft. Auch Landesgesetze tragen dazu bei. Es fehlt die Sensibilität, dass jede neue oder verschärfte Norm einen weiteren Beitrag zum bereits vorhandenen Bürokratie Teppich leistet. Für Existenzgründerinnen und -gründer ist Bürokratie ein Haupthindernis zum erfolgreichen Unternehmensstart. Die Angst, nicht alle gesetzlichen Anforderungen mit ihren Auslegungsvarianten

durch die Verwaltung erkannt und beachtet zu haben, ist ein Wirtschaftshemmnis. Dies gilt nicht nur für kleine Unternehmen, zumal die Reglementierungen mit einem dichten Wall an strafrechtlichen Normen und Bußgeldandrohungen umgeben sind. Auffällig ist das Fehlen einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Umsetzbarkeit und Kostenfolgen bei politischen Leuchtturmprojekten und Symbolgesetzen.

---

*KAMPF GEGEN UNNÖTIGE BELASTUNGEN  
DURCH BÜROKRATIE VERSTÄRKEN*

---





## Wie es sein sollte

Die Stimme der Wirtschaft wird von der Landesregierung ernst genommen und ein entschlossenes Vorgehen zum Abbau bzw. zur Vermeidung unnötiger Bürokratie umgesetzt. Alle bestehenden Landesgesetze und alle künftigen Gesetzesvorlagen werden ausnahmslos auf ihre Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit überprüft. Zudem gibt es ernste Bestrebungen, auch auf Landesebene Strukturen vergleichbar dem Nationalen Normenkontrollrat zu schaffen. Diese Strukturen unterstützen die Regierung durch unabhängige Stellen dabei, von Gesetzen verursachte Bürokratiekosten mittels kritischer Überprüfung und Messung zu reduzieren.



## Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

**Die Wirtschaft braucht einen Landesgesetzgeber, der lückenlos Kostenfolgen und Umsetzbarkeit von Gesetzen untersucht und sich mit ihrer Eignung für die Gesetzesziele und ihrer Verhältnismäßigkeit auseinandersetzt.**

Dazu müssen entsprechende Strukturen auch auf Landesebene geschaffen werden, denn eine Ausblendung der Bürokratieproblematik ist nie gerechtfertigt. Für die Betriebe im Land darf die Politik nicht nur einseitig Vorteile staatlicher Reglementierungen berücksichtigen, sondern muss ebenso die Nachteile durch Verlust von Freiheit und Gestaltungsspielraum in den Blick nehmen. ■



## Wie es ist

Existenzgründer und Unternehmen können ausschließlich bei der Kommune ihres geplanten Betriebssitzes rechtswirksam ein Gewerbe anmelden. Die zuständige Behörde nimmt dabei insbesondere die Gewerbeanmeldung entgegen und bestätigt diese. In Baden-Württemberg bieten die IHKS einen umfassenden Gründerservice im Sinne

eines „One-Stop-Shops“ an – von Erstauskunft über Businessplancheck bis hin zu Hilfen bei Finanzierung und Förderanträgen. Als letzter Baustein dieses „Service aus einer Hand“ fehlt bislang noch die Möglichkeit, Gewerbemeldungen rechtswirksam entgegennehmen zu können.

---

*GEWERBEMELDUNGEN BEI IHKS UND  
HANDWERK ERMÖGLICHEN*

---



## Wie es sein sollte

Existenzgründer und Unternehmer haben die Wahlmöglichkeit, ihre Gewerbeanmeldung, -abmeldung oder -ummeldung rechtswirksam bei einer Kommune, IHK oder Handwerkskammer vornehmen zu können. Der Gründer-service im Sinne eines „One-Stop-Shops“ ist damit voll verwirklicht. Durch die Wahlmöglichkeit konnte für Unternehmen eine Vereinfachung von Verwaltungsverfahren und damit eine Kostenreduzierung erreicht werden.



## Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

**Die Landesregierung muss endlich darauf hinwirken, dass Unternehmen und Existenzgründer in Baden-Württemberg eine Gewerbeanzeige rechtsverbindlich auch bei ihrer IHK bzw. ihrer Handwerkskammer vornehmen können.**

Die Einbeziehung der Kammern ist aufgrund der vielfältigen Berührungspunkte mit ihren Mitgliedsunternehmen evident, nicht zuletzt durch die den Kammern vom Land übertragene Funktion als „einheitlicher Ansprechpartner“. Für die praktische Umsetzung der Entgegennahme von Gewerbeanzeigen bei den Kammern gibt es mit Rheinland-Pfalz, Bayern und Hamburg bewährte Beispiele. ■



## Wie es ist

Der Bund plant ein Wertstoffgesetz, das die bisherige Verpackungsverordnung ablösen soll. Damit sollen weitere für das Recycling geeignete Wertstoffe aus Privathaushalten und vergleichbaren Anfallstellen (z. B. Hotels, Büros von Freiberuflern, Verwaltungen) der stofflichen Verwertung zugeführt werden. Außerdem sollen bisherige Vollzugsdefizite überwunden werden. Dazu vorgesehen sind unter anderem die Schaffung einer neuen „zentralen Stelle“ mit Vollzugsbefugnissen

und zahlreiche Melde- und Dokumentationspflichten für Unternehmen. Umstritten ist unter anderem, ob Kommunen oder die private Entsorgungswirtschaft für die künftigen „Wertstofftonnen“ zuständig sein werden. Mit diesem neuen Gesetz droht nicht nur weitere Bürokratie, sondern es wird ebenso die Möglichkeit entsprechender Regelungen auf Basis der bestehenden Verpackungsverordnung verworfen – aus Sicht der Wirtschaft ein Fehler.

---

*BÜROKRATISCHES WERTSTOFFGESETZ  
VERHINDERN*

---



## Wie es sein sollte

Bund und Land denken um, ein neues bürokratisches Wertstoffgesetz wird verhindert. Stattdessen wird die Verpackungsverordnung an den richtigen Stellen verändert und so optimiert. Die Wirtschaft unterstützt und erreicht das Ziel eines besseren Recyclings und Maßnahmen zur Vermeidung eines „Trittbrettfahrens“ auf der Grundlage der bestehenden Verpackungsverordnung. Bürokratieaufbau und unnütze Kosten können so erfolgreich vermieden werden.



## Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

**Das Land setzt sich aktuell wie der Bund für die Erarbeitung eines Wertstoffgesetzes unter Inkaufnahme zusätzlicher Bürokratie ein.**

Es schlägt auch zusätzliche finanzielle Abgaben vor. Darüber hinaus strebt die Landespolitik eine Rekommunalisierung an. Dies bedeutet nicht nur für die Wirtschaft gravierende Änderungen, unnützen Mehraufwand und Kosten, sondern auch für die

ca. 14 Millionen Bundesbürger, die bereits jetzt an eine „Wertstofftonne“ angeschlossen sind. In allen Punkten sollte das Land unbedingt umdenken, ehe es sich im Bundesrat (und in den Vorarbeiten) positioniert. Die Verpackungsverordnung kann dahingehend optimiert werden, ohne zusätzliche Bürokratie zu schaffen, wie sie mit dem Wertstoffgesetz droht. ■

# Impressum

© 2015 Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag, 70174 Stuttgart



*Verantwortlich für den Inhalt:*

**Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag**

Jägerstraße 40

70174 Stuttgart

Tel.: 0711 / 22 55 00 60

Fax: 0711 / 22 55 00 77

E-Mail: [info@bw.ihk.de](mailto:info@bw.ihk.de)

[www.bw.ihk.de](http://www.bw.ihk.de)

*Verantwortlich für Satz & Gestaltung:*

**contenance GmbH**

Ostendstraße 110

70188 Stuttgart

Tel.: 0711 / 18 42 22 00

Fax: 0711 / 18 42 22 99

E-Mail: [hello@contenance.de](mailto:hello@contenance.de)

[www.contenance.de](http://www.contenance.de)